

Stadtparlament

Wortprotokoll

25. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 6. November 2018, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 26 Mitglieder

Entschuldigt:
Gmür Reto, SVP
Morgenegg Roland, FDP/XMV
Neuber Reto, CVP/EVP

Anwesend Stadtrat:
Balg Andreas, FDP
Brühwiler Konrad, SVP
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP

Entschuldigt: Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

Traktanden

25/1. Mitteilungen

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der EBK

25/2. Interpellation „Kostenverteilschlüssel und Rechtsformen bei regionaler und überregionaler Zusammenarbeit“ von Felix Heller, SP- Gewerkschaften-Juso

Beantwortung

25/3. Interpellation „Altlasten in früheren Deponien“ von Luzi Schmid, CVP/EVP

Beantwortung

25/4. Teilrevision Gemeindeordnung der Stadt Arbon

2. Lesung

25/5. Fragerunde

25/6. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen und im Speziellen sehr geehrte treue Parlamentsbesucherinnen und –besucher. Wir sind bereits zwei Minuten im Verzug. Demzufolge beginnen wir mit dieser Sitzung sofort.

Seit unserer letzten Parlamentssitzung am 18. September 2018 hat sich in Arbon einiges getan. So folgte auf den wunderschönen Sommer ein ebensolcher Herbst. Zudem wurden wir von Umweltkatastrophen, wie sie jetzt beispielsweise in Italien zu überstehen sind, verschont. Während unser See uns ständig genügend Wasser lieferte, wäre er jetzt mit seinem tiefen Wasserstand bereit, Sturzfluten abzufedern. Einzig Zürich West hatte wegen eines Gewitters ein Konzert in Zürich Ost, nämlich in Arbon, zu verschieben.

Beim Sonnenblumenhaus hat das Parlament in der Septembersitzung nach einem jahrelangen Entscheidungsfindungsprozess beschlossen, vorderhand nichts zu machen. Eine Woche später haben die Arboner Stimmberchtigten dasselbe betreffend die Belebung der Altstadt beschlossen. Ein Kredit von CHF 2.7 Mio. wurde abgelehnt. In beiden Fällen ist die Ernützung gross, namentlich auch in unserem Parlament. In beiden Fällen ist zudem offen, wie es weitergehen soll. Während uns die Liegenschaft Sonnenblume immerhin geschenkt worden ist, hat die Arboner Stadtkasse zu bangen, ob es ihr gelingt, die CHF 2 Mio., die für eine Belebung der Altstadt aus dem Agglomerationsfonds des Bundes vorgesehen sind, noch rechtzeitig abgerufen werden können, das heisst vor dem Jahr 2027. Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, namentlich auch von den Gegnern dieses Projekts, damit diese CHF 2 Mio. doch noch ihren Weg nach Arbon finden. Und sei es auch nur für Parkplätze.

Die finanzielle Situation unserer Stadt werden wir an unserer Budgetsitzung im Dezember beraten. Nebst der entsprechenden Botschaft hat der Stadtrat seit unserer letzten Sitzung bereits einige Signale gesetzt. Die laufende Rechnung soll zwar positiv ausfallen, doch hat der Stadtrat gleichwohl beschlossen, die Mieten für Bootsplätze im Hafen anzuheben und die Parkplätze am Engelplatz, beim Roten Kreuz und beim Strandbad draussen neu monetär zu bewirtschaften. Realistischerweise war dies bei der angespannten finanziellen Lage unserer Stadt und dem Steuerfuss an der Spitze aller Thurgauer Städte zu erwarten. Die Stimmberchtigten haben mit dem Verwerfen des Altstadtkredits zudem diesen rigorosen Willen, endlich aus der finanziellen Misere herauszukommen, nur unterstrichen.

Beweglichkeit zeigt das Gewerbe. Das Jumbo-Verkaufsgebäude, das alles andere als alt ist, wird abgebrochen, um der breezen-, ich verbessere mich riesengrossen privaten Nachfrage nach Wohnraum am See Platz zu machen. Und wenn die Stadt vorschreibt, dass auch in Gebäuden am See Gewerberäume vorzusehen sind, damit dort gearbeitet werden kann, dafür aber während Jahren keine Mieter oder Käufer gefunden werden können, zieht der Generalunternehmer, der dort gebaut hat, halt gleich selber ein. Schön und repräsentativ ist es ja dort auch für Büros.

Überhaupt Vorschriften: Der halböffentlichen Genossenschaft Alterssiedlung Rebenstrasse war es für das Erstellen eines Wintergartens möglich, eine kengesunde Linde zu fällen. Die Schulgemeinde scheint nun mit dem Bau eines Doppelkindergartens an einem Nussbaum ähnlich wie der Bündnerhof an einer Platane hängenzubleiben. Rechtsgleichheit heisst, dass Vorschriften, erlassen von der öffentlichen Hand, nicht nur für uns Bürger, sondern auch für die öffentliche Hand zu gelten haben.

In der evangelischen Kirche hat nicht nur eine aussichtsreiche Bundesratskandidatin gepredigt, sondern in Arbon wohnen auch die Präsidenten des schweizerischen Maler- und Gipserverbands. Glückwunsch an die beiden. Und in unserem Schloss herrschen zwar nicht wie in Monaco die fürstlichen Grimaldis, dafür die Rinaldis, und dies schon seit 20 Jahren. Auch hier Glückwunsch.

Für die Pacht des Arboner Hafenkiosks gingen 29 Bewerbungen ein, der Stadtrat hat eine schöne Auswahl. Hoffentlich wird sich der evangelischen Kirchgemeinde für das Baurechtsland an der Romanshornerstrasse das gleiche Bild bieten, und dass sie möglicherweise anders als die Stadt mehr als einen Bewerber berücksichtigen kann und nicht 28 mit Absagen zu ärgern hat.

In Arbon ist die Museumseuphorie ausgebrochen. Nebst unserem klassischen Ortsmuseum im Schloss, das auf dem alten Römerkastell steht, haben wir das Saurer Museum und neu auch noch das schweizerische Most- und Brennereimuseum der Firma Möhl in Stachen, genannt Momö. Fehlt nur noch das kantonale historische Museum, zumindest eine Filiale davon. Wir werden alle Museen mit Brücken und Tunnels, allenfalls mit einem Ortsbus verbinden.

Abschliessend zum präsidialen Rück- und Ausblick zur Eröffnung der heutigen Parlantsitzung der Umstand, dass wir hier im Saal ab und zu heisse Köpfe kriegen, kann inskünftig nicht mehr auf die Wärmeabstrahlung der Deckenbeleuchtung zurückgeführt werden. Diese wird nämlich durch kaltstrahlende, energiesparende LED-Leuchten ersetzt. Dafür ist fallweise die Heizung hochzuschrauben, damit Gäste wie Parlamentarier und Stadträte bei Bise im Winter nicht kalte Füsse kriegen, dies im Hinblick auf die Dezembersitzung. Ich erkläre hiermit die 25. Sitzung der laufenden Legislatur als eröffnet. Pascal Ackermann gratulieren wir ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag und danken ihm, dass er trotz Geburtstag hier anwesend ist.

Da Reto Neuber als Stimmenzähler amtet, ist für die heutige Sitzung ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen Arturo Testa von der CVP/EVP vor. Hat jemand andere Vorschläge? – Wenn dem nicht so ist, gilt Arturo Testa in stiller Wahl als gewählt. Ich möchte dich bitten, hier vorne Platz zu nehmen und uns zu verstärken.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Präsident fest, dass 27 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 16. Oktober 2018:

- Teilrevision der Gemeindeordnung Stadt Arbon, Synopse Stand nach der 1. Lesung

Mit Versand vom 28. August 2018:

- Interpellation „Kostenverteilschlüssel und Rechtsformen bei regionaler und überregionaler Zusammenarbeit“ von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, die Beantwortung des Stadtrats dazu
- die Beantwortung des Stadtrats der Interpellation "Altlasten in früheren Deponien" von Luzi Schmid, CVP/EVP

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Das Protokoll der 24. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

Ich stelle fest, dass an der heutigen Sitzung eine einfache Anfrage eingegangen ist, nämlich betreffend "Laabsauger und Laubbläser schaden Menschen und Natur" von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso. Die einfache Anfrage wird zur Beantwortung an den Stadtrat weitergeleitet.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission

gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament und über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Dominik Diezi, CVP/EVP, Präsident EBK: Die Einbürgerungskommission hat an ihren Sitzungen vom 2. und 23. Oktober 2018 die folgenden Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Rasaratnam Thillaimurugathasan, 1970, srilankischer Staatsangehöriger
Thillaimurugathasan Sarani, 2004, srilankische Staatsangehörige
Thillaimurugathasan Thirusan, 2007, srilankischer Staatsangehöriger
- Garcia Martinez David, 1978, spanischer Staatsangehöriger
Garcia Nieto Tristan, 2016, spanischer Staatsangehöriger
- Muthukumaru Geerthana, 1995, srilankische Staatsangehörige
- Krasniqi Teuta, 1994, kosovarische Staatsangehörige
- Oliveira Ferreira Fabian, 1999, portugiesischer Staatsangehöriger
- Segerer Markus, 1961, österreichischer Staatsangehöriger
Segerer Monika, 1969, deutsche Staatsangehörige
Segerer Anouk, 2000, deutsche Staatsangehörige
Segerer Silja, 2002, deutsche Staatsangehörige
Segerer Lionel, 2009, österreichischer Staatsangehöriger
- Berzati Fljorent, 1988, mazedonischer Staatsangehöriger
- Kotte Kay, 1978, deutscher Staatsangehöriger
Kotte Mariangela, 1981, italienische Staatsangehörige
- Alija Gezim, 1987, kosovarischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen 21 Gesuche von neununddreissig Personen vor, die sich im Vorprüfungsverfahren oder im eidgenössischen Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 5 Gesuche zurückgestellt.

2. Interpellation Kostenverteilschlüssel und Rechtsformen bei regionaler und überregionaler Zusammenarbeit von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Die Interpellation wurde am 8. Mai 2018 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 unseres Geschäftsreglements erklärt der Interpellant uns in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort des Stadtrats zufrieden ist oder nicht. Eine allgemeine Diskussion findet nur dann statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird. In der Regel ist das der Interpellant sogar selber.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation. Insbesondere die Auflistung auf den Seiten 3-5 verschafft einen guten Überblick, wo wir uns regional und überregional überall betätigen und was wir wofür ausgeben. Diese Auflistung stellt aber laut Stadtrat nur einen Auszug der wichtigsten Kooperationen dar und ist nicht als abschliessend zu betrachten. Aber bereits jetzt sprechen wir von Kosten in der Höhe von über CHF 5 Mio. Allein schon der Höhe dieser Ausgaben wegen ist eine Diskussion angebracht. Arbon zeigt sich in vielen Bereichen solidarisch mit den umliegenden Gemeinden. Unsere Stadt bietet sehr viel und wir Arbonerinnen und Arboner kommen dafür mit einem entsprechend hohen Steuerfuss auf. Unsere Solidarität wird aber bisweilen überstrapaziert. Das Bewusstsein dafür ist bei ländlichen Gemeinden klein, aber auch bei uns Städterinnen und Städtern noch zu wenig vorhanden. Eine Diskussion hier im Parlament halte ich deshalb für äusserst wichtig. Ich beantrage Ihnen deshalb Diskussion und bitte Sie, dieser zuzustimmen.

Abstimmung

Der Diskussion wird mit 18 Ja gegen 9 Nein zugestimmt.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Mit über CHF 5 Mio. beteiligen wir uns an regionalen und überregionalen Institutionen und Projekten. In den allermeisten Fällen bezahlen wir pro Kopf, wie dies in der Auflistung klar zum Ausdruck kommt. Als einwohnermässig drittgrösste Thurgauer Gemeinde zahlt Arbon entsprechend viel. Eine kleine Gemeinde wie zum Beispiel Horn profitiert von regionaler Zusammenarbeit ungleich stärker. Sie erhalten die genau gleichen Leistungen wie Arbon zu einem tieferen Preis. Für Horn käme aber ein Alleingang deutlich teurer und der Aufbau einer eigenen Institution wäre nie lohnenswert. Ein Verteilschlüssel, der sich ausschliesslich an der Einwohnerzahl orientiert, ist nur schon deshalb falsch. Zumindest eine Art Mengenrabatt müsste es doch geben, Mehrarbeit steigt nämlich nicht linear zur Einwohnerzahl an, sondern flacht eher ab. Wenn ich beispielsweise für 100 Leute koche, brauche ich nicht zehnmal mehr Köche und bezahle auch nicht zehnmal mehr für die Zutaten, als wenn ich für zehn Leute koche. Es ist davon auszugehen, dass dieser Prokopf-Verteilschlüssel mit dem Mehraufwand für einwohnerstarke Gemeinden begründet wird. Nun muss man sich aber fragen, ob wir in Arbon dann auch tatsächlich so viel mehr Leistungen erhalten, wie wir mehr bezahlen. Es geht nicht an, dass wir Arbonerinnen und Arboner, die sonst schon eine höhere Steuerbelastung haben, Präventionsarbeit, Freizeit- oder Kulturangebote in steuergünstigen, finanzstarken Gemeinden subventionieren. Was mich nämlich wütend macht und was auch Hauptgrund für meinen Vorstoss war, ist das Trittbrettfahren, das kleine, ländliche Gemeinden betreiben. Sie rühmen sich für ihren tiefen Steuerfuss und ihre angeblich umsichtige Finanzpolitik, einige besitzen sogar noch die

Frechheit, Arbons Finanzpolitik öffentlich zu kritisieren. Dabei haben diese kleinen Gemeinden kaum Aufwände. Sie finanzieren zum Beispiel kaum Kultur- und Freizeitangebote, keine Badi, keinen Skatepark, keinen Kunstrasenplatz, kein Presswerk usw. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gemeinden setzen sich rasch ins Auto, fahren ins nahegelegene Arbon und konsumieren die tollen Kultur- und Freizeitangebote, die es hier gibt und von uns Arboner Steuerzahlerinnen und Steuerzahldern finanziert werden. Nachher setzen Sie sich wieder ins Auto und fahren zurück an ihren steuergünstigen Wohnort Horn, Roggwil, Mörschwil oder was weiss ich. Zu guter Letzt beschweren sie sich wahrscheinlich noch über die Parkplatzgebühren, die sie bei uns bezahlen mussten. Oder sie maulen lautstark in der Zeitung, dass sie in Arbon eine Parkbusse erhalten haben. Dieses Beispiel ist leider nicht mal fiktiv.

Klar können Sie jetzt sagen, wir sollten unseren Nachbarn gegenüber nicht so kleinlich sein, sondern zusammenarbeiten und Solidarität zeigen, und natürlich können wir auch von der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden profitieren, wenn andere Leistungen bei uns kaufen und es damit auch für uns günstiger wird. Nur betreiben die kleinen Gemeinden Rosinenpickerei und wählen ihre Zusammenarbeit stark punktuell aus. Machen wir bei der Prävention gemeinsame Sache, bei der Betreuung pflegebedürftiger Menschen, beim Sport, bei der Kultur, beim Pflanzenschutz, bei der Jugendarbeit. Aber wenn es dann um die Steuern geht: Nein, hier machen wir unser eigenes Ding, hier fahren wir unser Sonderzügli und arbeiten ganz bestimmt nicht mit euch Unfähigen in Arbon zusammen. Die ländlichen Gemeinden wollen möglichst alle wichtigen Leistungen abgedeckt haben, aber ihren tiefen Steuerfuss behalten. Oder noch schlimmer: Wir Arbonerinnen und Arboner müssen dann in der Felix-Zeitung lesen, wie unsere Nachbargemeinden im Geld schwimmen und ihren bereits jetzt tieferen Steuerfuss noch weiter senken wollen. Im Kanton spannen dann diese ländlichen Gemeinden zusammen und wehren sich auch noch gegen einen gerechteren Finanzausgleich. Wer im Grossen Rat einmal bei einer Diskussion über das Finanzausgleichsgesetz dabei war, weiss, wovon ich spreche. Ja, ich bin ein bisschen besänftigt, weil sich die Situation beim Ressourcen- und Lastenausgleich bessern wird. Und dafür gilt es der Stadtregierung für Ihre Bemühungen zu danken. Aber zufrieden können wir noch lange nicht sein. Ich sage es hier klipp und klar: Das einzige Richtige wäre eine kantonale Steuerharmonisierung. Aber ich weiss auch, dass hier nicht der richtige Ort für diese Forderung ist. Ich hoffe aber, dass die Arboner Kantonsräatinnen und Kantonsräte im Interesse unserer Stadt in diese Richtung arbeiten. Für uns in Arbon gilt: Wir müssen härter sein im Verhandeln und Beteiligungen bei den Nachbargemeinden konsequent einfordern. Sei dies beim Kulturpool, wo Roggwil und Horn beispielsweise nicht mitmachen, beim Skatepark, beim Schwimmbad oder auch bei Verkehrslösungen, die hauptsächlich andere Gemeinden entlasten. Ich denke da zum Beispiel an eine Spange Süd. Wenn sich die Gemeinden um eine Beteiligung drücken, dann müsste man sich vielleicht einmal überlegen, beispielsweise beim Besuch eines Konzerts in Arbon 1 % Ticketaufschlag zu verlangen, quasi einen Nichtkulturpoolmitgliederaufschlag. Oder man könnte ihn auch Drückebergerzuschlag nennen. Das meine ich nur halb ernst, praktikabel ist es auch nicht. Aber fair wäre es.

Was Dienstleistungen betrifft, die wir für andere Gemeinden erbringen, so müssen diese zwingend mindestens kostendeckend, ja besser noch gewinnbringend sein. Als positives Beispiel hierfür wäre die Arboner Sekundarschule zu nennen, die das Schulgeld für Steinacher Schülerinnen und Schüler erhöhen musste.

Eine weitere Überlegung betrifft die Rechtsform, die ja ebenfalls Gegenstand meiner Interpellation ist. Die Organisation in Genossenschaften und Vereinen mit dem Prinzip „one man, one vote“ ist mir als Sozialdemokrat eigentlich sehr sympathisch. Das müsste ja eigentlich zum Wohl des Finanzschwächeren sein. Ist es aber nicht in unserem Fall, wenn wir mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Unsere Stadt mit dünnster Eigenkapitaldecke, niedrigstem Prokopf-Steuereinkommen und höchstem Steuerfuss kann von kleinen, reichen Gemeinden mit tiefem Steuerfuss überstimmt werden. Da muss man sich schon fragen, ob diese Rechtsform für die Zusammenarbeit geeignet ist. Ein Vorschlag aus unserer Fraktion wäre zum Beispiel auch die Anzahl Stimmen, die die Gemeinden haben, pro Kopf, also nach Einwohnerzahl zu verteilen. Wenn wir schon so viel mehr bezahlen, dann sollen wir auch so viel mehr bestimmen. Dies sollte in Zukunft angestrebt werden. Bei EZO und Hallenbad Romanshorn sollte man sich überlegen, Statistiken zu führen, wie diese Angebote von Arbonerinnen und Arbonern tatsächlich genutzt werden. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin dafür, EZO und Hallenbad Romanshorn zu unterstützen und finde diese Angebote toll. Aber wir sollten dafür nicht übermäßig zur Kasse gebeten werden, bloss weil wir viele Einwohnerinnen und Einwohner haben. Arbon zeigt sich bereits solidarisch mit den anderen Gemeinden. Wir zeigen uns solidarisch, indem wir unsere Nachbarn im Bereich Gesundheit und Sozialhilfe entlasten, schlichtweg indem wir überproportional viele Fälle bei uns betreuen. Wir zeigen uns auch solidarisch, indem wir wunderschöne Parkanlagen, zwei Freibäder, verschiedene Sportanlagen und ein reiches Kulturangebot zur Verfügung stellen, das allen, auch Nicht-Arbonerinnen und -Arbonern zur Verfügung steht. Wir zeigen uns solidarisch, indem wir eine gute Infrastruktur finanzieren, die nicht zuletzt auch für Unternehmen attraktiv ist, deren Angebote wiederum gern von den Bewohnerinnen und Bewohnern anderer umliegender Gemeinden genutzt werden. Unsere Solidarität darf aber nicht überstrapaziert und schon gar nicht ausgenutzt werden. Ich hoffe, dass diese Interpellation, die Antwort des Stadtrats und die Diskussion hier im Parlament das Bewusstsein für die Problematik des Trittbrettfahrens erhöhen können und dass sie so dem Stadtrat in zukünftigen Verhandlungen sogar den Rücken stärken können. Wir müssen und wir dürfen mit breiter Brust auftreten, so wie dies einige Dorfhäuptlinge ländlicher Gemeinden auch tun. Etwas mehr „Arbon first“ ist durchaus angebracht. Ich hoffe auf eine gute Diskussion und bedanke mich für Ihre Beteiligung.

Jörg Freundt, FDP/XMV: Unsere Fraktion hat die Beantwortung des Stadtrats auf die Interpellation von Felix Heller mit Interesse gelesen und auch entsprechend intern diskutiert. Die Antworten auf die Fragen sind klar und auch entsprechend begründet. Mit der Beantwortung danken wir auch für die ausführliche Auflistung ab Seite 3, welche aufzeigt, dass teilweise der Verteilschlüssel nicht nur pro Einwohner ist. Felix Heller ist darauf eingegangen, zum Beispiel auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln die Anzahl Haltestellen. Durchaus gibt es gewisse Verteilschlüsselelemente, welche bei Ausarbeitung neuer Verträge mit den entsprechenden Institutionen zu überdenken und zu vereinbaren sind. Und in den Worten von Felix Heller: konsequente Verhandlungen. Der Stadtrat weist darauf hin, dass auch andere Verteilschlüsselelemente denkbar sind. Dies sehen wir auch als Auftrag für die Zukunft, wobei auch immer die politischen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel Lastenausgleichszahlungen in den Sozialhilfekosten berücksichtigt werden müssen. Der Interpellant hat es ebenfalls angesprochen. Die Beantwortung ist derart umfassend, wie es auch vom Interpellanten bestimmt gewünscht ist, dass eine weitere Diskussion aus unserer Sicht zum heutigen Zeitpunkt gar nicht nötig wird. Sollte der Interpellant konkrete Vorschläge haben, hat er bereits schon etwas gemacht. Ge-

mäss Ausführungen und Antworten des Stadtrats ist dieser offen, solche können angebracht werden.

Rudolf Daep, SVP: Wir haben in der Fraktion die Beantwortung des Stadtrats besprochen und finden sie sehr umfassend und interessant. Vor allem die Tabelle mit den aktuellen Beteiligungen hilft sehr für das Verständnis und die Übersicht, enthält sie doch alle notwendigen Details der einzelnen Projekte. Ebenso zeigt sie die Vielfalt der Bereiche auf, die darunterfallen: Bereich Soziales, Einwohner, Sicherheit, Bau, Freizeit, Sport, Präsidium, Wirtschaft und Kultur. Bei der wie bereits vom Interpellanten erwähnt doch beträchtliche Gesamtsumme lohnt es sich sicher, den Verteilschlüssel von Zeit zu Zeit zu hinterfragen. Passt er noch in die heutige Zeit? Gäbe es gute Alternativen? Sind die finanzstarken Gemeinden ihrer Finanzstärke entsprechend eingebunden? Oder finden andere, hier nicht erwähnte Lastenausgleiche statt? Der Stadtrat hat im letzten Abschnitt seiner Antwort seine Bereitschaft bekannt, alternative Verteilschlüssel zu prüfen, wie sie von Felix Heller vorgeschlagen sind, sofern sie für die entsprechenden Projekte geeignet sind. Deshalb ist die SVP-Fraktion mit der Beantwortung der Interpellation Felix Heller in der vorliegenden Form einverstanden und bedankt sich dafür.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Auf den ersten Blick kann man sich tatsächlich fragen, was diese Interpellation soll. Was sie will. Wieso wir uns hier im Parlament damit beschäftigen sollen. Jetzt muss ich hier noch einen Einschub machen. Dieser ist allerdings mit der Fraktion nicht abgesprochen. Das Votum des Interpellanten ist ja fast schon eine Kriegsansage. Eine Provokation an die Gemeinde. Das habe ich völlig daneben gefunden, und das hat, wenn ich den Titel noch einmal wiederhole, nichts mit der Interpellation zu tun. Hier steht "Kostenverteilschlüssel und Rechtsformen bei regionaler und überregionaler Zusammenarbeit". Das hat nichts mit Steuern zu tun und das hat nichts mit dem Ansinnen anderer Gemeinden zu tun. Und ich möchte hier einwerfen: Arbon profitiert. Denken Sie an den Lastenausgleich. Denken Sie an den Finanzausgleich. Also diesen Kriegsschauplatz möchte ich hier nicht eröffnet haben. Da kann ich nicht einig gehen mit dem Interpellanten. Das ist mit der Fraktion nicht abgesprochen, aber das muss von meiner Seite so gesagt sein.

Auf den zweiten Blick, wenn man die Beantwortung des Stadtrats und die Interpellation liest, scheint dann doch einige Brisanz in dem Thema zu sein. Zusammengefasst kann man sagen, es geht kurz und bündig gesagt um zwei Sachen: 1. Welche Leistungen werden in einem Verbund besser erbracht, als wenn das einzeln bei den Gemeinden gelöst werden muss? 2. Welche Einsparungen oder besser welchen finanziellen Nutzen bringen solche Zusammenarbeiten der Stadt? Wir haben es gehört, etwa CHF 5 Mio. werden jährlich in diese Institutionen und Zusammenarbeiten geworfen. Informativ wäre natürlich noch gewesen, wenn in der mitgelieferten Tabelle die Dauer und die Kostenentwicklung der einzelnen Zusammenarbeiten aufgezeigt worden wären. Interessant ist die mitgelieferte Aufstellung aber auf jeden Fall. Mehr, das wissen wir als Politiker natürlich, kann man immer bringen. Es wurde ausgeführt, in der Tabelle nicht enthalten sind finanzielle Beteiligungen der Stadt an Firmen. Ich denke da beispielsweise an ABV Liegenschaften AG und an die Genossenschaft Media Arbon und weitere sowie die Leistungszusagen an Arboner Institutionen oder Organisationen wie das Kinderhaus und die Spielgruppe, die nur auf das Gebiet Arbon ausgerichtet sind. An der nächsten Budgetversammlung werden wir uns dann übrigens auch noch über eine Erhöhung der Kosten für schulergänzende Betreuung, sprich Tagesschule der Primar-

schule unterhalten müssen. Jetzt aber zurück zu den überregionalen Beteiligungen und zur Interpellation.

Es fällt tatsächlich auf, dass dort, wo die Stadt bezahlen muss, fast durchgehend nach der Anzahl der Einwohner verrechnet wird. Und dort, wo die Stadt Arbon Aufgaben übernimmt, Pauschalbeträge zum Zug kommen. Ein kleines Beispiel dazu: Beim Pflanzenschutzfonds – ich habe das der Tabelle entnommen und mir ist nicht ganz klar, was dahintersteckt – beträgt die Kostenbeteiligung für Arbon CHF 3 pro Einwohner. Bei der Berufsbeistandschaft, also der Übernahme von Mandaten von der Gemeinde Roggwil durch die Arboner Berufsbeistandschaft fliessen pauschal pro Jahr CHF 43'000 in unsere Arboner Kassen. Würde hierfür das Budget 2019 nach einer Prokopfbeteiligung mit Roggwil abgerechnet, würde das für Roggwil schnell über CHF 100'000 anstelle von CHF 43'000 ausmachen. Die Frage ist folglich deshalb erlaubt und ist gerade im Zusammenhang mit dieser Interpellation zu stellen: Welche Einflussmöglichkeiten hat der Arboner Stadtrat auf die Kostenverteilung? Oder besser gesagt: Könnten die Kosten nicht da und dort doch günstiger für Arbon gestaltet werden? Und welche tatsächlichen Gegenleistungen werden für Arbon erbracht? Oder wie interveniert der Stadtrat in diesen Gremien? Es geht also um die Taktik, die sich der Stadtrat jeweils zu rechtfertigt. Es ist aus der Interpellation auch nicht ersichtlich, wie die Stimmrechte, das wurde auch vom Interpellanten gesagt, verteilt sind und ausgeübt werden, also jede Gemeinde eine Stimme oder im Verhältnis der Einwohnerzahlen. Ein anderes Beispiel aus der Tabelle: Bei der Regionalisierung von Aufgaben des Zivilschutzes wurden Einsparungen und Entlastungen für Arbon erwartet. Tatsächlich werden, wie wir dann auch in der Budgetdiskussion hören werden, diese Kosten aber von CHF 5 pro Einwohner auf CHF 6.50 erhöht werden. Anfangs sollte den Gemeinden sogar ein Betrag von CHF 8 pro Einwohner abverlangt werden. An diesem Beispiel muss ganz klar hinterfragt werden, stimmen Nutzen und Leistungen mit den Ausgaben überein und wie kann das für Arbon verbessert werden? Gerade die doch hohen Kosten bei der Perspektive Thurgau von über CHF 210'000 jährlich müssen permanent auf deren Wirksamkeit für Arbon überprüft werden. Unsere Fraktion hat übrigens im Zusammenhang mit der damaligen Debatte über die Beteiligung am EZO bereits darauf hingewiesen, dass die Kostenbeteiligung nicht ausschliesslich nach Zahl der Einwohner, sondern auch nach Steuerkraft, eventuell Verschuldung oder sonstigen finanziellen oder wirtschaftlichen Kriterien erfolgen soll. Wie viel besser wir dann fahren würden, bleibt offen, bleibt wirklich fraglich. Es ist effektiv fraglich, ob wir einen Nutzen davon ziehen können.

Wenn wir schon die grossen Themen Zusammenarbeit, Leistungszusagen und Auslagerung von Aufgaben an Organisationen diskutieren, wäre es wichtig, regelmässig vom Stadtrat zu erfahren, wie er die Arboner Interessen in solchen Gremien mit welchem jeweiligen Erfolg tatsächlich vertritt und wie und wann er die Umsetzung solcher überregionaler Zweckverbände auf die Zweckmässigkeit für Arbon überprüft und gegebenenfalls richtigstellt. Gerade das Beispiel Arboner Infocenter wirft gar kein gutes Licht auf die Interessenumsetzung des Stadtrats. Wenn man weiss, dass der Stadtrat im Vorstand des Vereins Thurgau Tourismus Einsatz nimmt und dann aus der Presse erfahren muss, dass Thurgau Tourismus das Arboner Infocenter nach Romanshorn holen will, müssen wir ernsthaft fragen, ob die Arboner Anliegen immer optimal im Sinn von ausgewogen eingebracht werden. Der Schaden ist angeichtet, Nachbargemeinden sollen sich bereits von ihrer finanziellen Beteiligung und Zusagen am Verkehrsverein Arbon losgelöst und zu Thurgau Tourismus gewechselt haben. Unsere Fraktion appelliert an den Stadtrat, alles zu unternehmen, dass das Infocenter am bisherigen Umfang mit bisherigem abwechslungsreichem und vorteilhaftem Angebot in der Arboner Alt-

stadt bleibt, finanziell weiterhin genügend, eventuell mit neuem Leistungsauftrag unterstützt wird und diese eigenen Arboner Interessen nicht nur im Vorstand von Thurgau Tourismus, sondern auch überzeugend den angeschlossenen Gemeinden vermittelt wird.

Zum Schluss: Wir begrüssen die regionale Zusammenarbeit einerseits als Zweckmittel für bessere Leistungen zugunsten der Bürgerschaft, andererseits die überregionale politische Diskussion, um den Erfahrungsaustausch unter den Exekutiven am Laufen halten zu können. Miteinander ist immer besser als gegeneinander, und wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung auch noch stimmt, haben wir doppelt gewonnen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Bei dieser Interpellation geht es ja im Grund darum, dass wir als vergleichsweise grosse Gemeinde Zentrumsfunktionen übernehmen und damit deutlich höhere Ausgaben haben als die umliegenden Gemeinden. Bei überregionaler Zusammenarbeit zahlen wir dann meistens noch mal mehr, da sich die Beteiligung nach der Einwohnerzahl bemisst. Klar, es wurde gesagt, es gibt den Ressourcenausgleich und es ist erfreulich, dass dieser im Sinn einer Stärkung des Zentrumslastenausgleichs aufs nächste Jahr erhöht wird. Und es gibt auch einen Lastenausgleich für die überproportionalen Soziallasten und auch hier ist es positiv, dass dieser im letzten Jahr erhöht wurde. Jedoch tragen die Zentren immer noch mehr Soziallasten als die kleinen Gemeinden, solange wir noch keinen horizontalen Lastenausgleich haben. Und es wäre falsch Luzi Schmid, hier davon zu sprechen, dass Arbon profitiert. Wir werden zum Teil entschädigt für Leistungen, die wir übernehmen, aber eben nur zum Teil. Man kann hier überhaupt nicht von Profit reden. Das Problem ist doch, dass Steuerwettbewerb – doch Luzi Schmid, es geht hier genauso um Steuern, sicherlich mehr als ums Infocenter – trotz aller offensichtlicher Mängel immer noch als etwas Positives angesehen wird. Steuerwettbewerb schafft auf allen Ebenen mehr Verlierer als Gewinner. Auf der internationalen Ebene gehören wir zu den Gewinnern, auf kantonaler und nationaler sicherlich nicht. Ein Finanzausgleich wie der Ressourcenausgleich vermag Ungleichheiten zu mildern, aber den Wettbewerb nach unten vermag er nicht zu stoppen. Und dieser Wettbewerb nach unten nützt nur ganz wenigen und schadet vor allem der öffentlichen Hand. Eine mögliche Lösung, Felix Heller hat es angetönt, wäre eine Steuerharmonisierung innerhalb gewisser Bandbreiten. Es ist mir aber auch klar, dass das nicht hier gelöst werden kann, aber es ist wichtig, dies zu sagen, denn genau damit, Felix Heller hat es richtig gesagt, wird ja dann auch wieder verglichen. Man sagt dann wieder, die umliegenden Gemeinden haben einen tieferen Steuerfuss, deshalb sind sie attraktiver. Man sagt dann sogar, sie arbeiten deshalb effizienter. Aber darum geht es nicht, das stimmt nicht, die Wahrheit ist, wir haben Zentrumslasten. Gewisse Angebote gibt es sicher, von denen auch andere profitieren. Ich bin aber trotzdem froh, dass ich als Arboner die Kulturlässe direkt vor der Tür geniessen kann und dafür nicht ins Auto steigen muss, ebenso die Einkaufsmöglichkeiten und die Freizeitangebote. Es gibt aber auch noch gewisse Angebote, die Gott sei Dank nur Arbonerinnen und Arbonern zur Verfügung stehen, dazu gehört beispielsweise die Tageschule, die ich als echten Standortvorteil erachte und die hier in diesem Vergleich nicht standhält, weil sie nur den Mitgliedern der Schulgemeinde vorbehalten bleibt. Es ist klar, wir bezahlen mehr. Es ist erfreulich, dass wir einen höheren Ausgleich bekommen werden, aber bezüglich Soziallasten ist es sicherlich noch nicht genug. Da wäre der horizontale Lastenausgleich anzustreben. Und was die Verteilung nach Einwohnerzahl angeht, da hat sich beispielsweise die FGK auch schon an den Stadtrat gewandt, möchte ich nochmals auf den Vorschlag von Felix Heller zurückkommen, da bessere Schlüssel zu finden oder mindestens

das Mitspracherecht entsprechend zu erhöhen, wenn wir schon nach Einwohnerzahl bezahlen.

Max Gimmel, FDP/XMV: Angesichts des schönen Nachfolgeprogramms möchte ich nicht verlängern. Von den CHF 5 Mio., die da im Raum stehen, sind CHF 3 Mio. Abwasser und diese müssen wir sowieso bezahlen. Das hat nichts zu tun mit einem Ausgleich, den die anderen mehr bezahlen können. Dann sind wir bei CHF 2 Mio. Und wenn wir auch diese Zahl noch genauer anschauen, kommen wir vielleicht am Schluss auf einen Betrag von vielleicht um CHF 70'000 herum, die man noch optimieren könnte. Wenn wir das dann wiederum dem gegenüberstellen, was der Stadtrat beim Kanton erreicht hat, was an Geldern nach Arbon fliest, dann denke ich, sind wir eigentlich relativ gut bedient. Dann kommt noch hinzu, dass alle diese Positionen im Budget stehen. Über dieses Budget stimmen wir alle hier jedes Jahr einmal ab und wir können uns dazu dann auch entsprechend äussern. Also ich denke, wenn wir sparen in diesem Kreis und die Ziele, die wir erreichen wollen, nicht zu hoch stecken, dann sind wir eigentlich sehr gut bedient und kommen trotzdem relativ gut davon.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Das war ja jetzt wieder einmal kalt und warm geduscht. Unglaublich, was ich jetzt insbesondere wieder aus diesem Flügel hören musste. Die Falschaussagen zum Thema Tourismus und Infocenter klären sich bald auf. Warten Sie einfach die offiziellen Informationen ab. Das ist ein trauriges oder abermals trauriges Beispiel dieses Flügels. Luzi, das ist schlecht. Aber das Warne oder wirklich Erfreuliche – ich musste jetzt sieben Jahre dabei sein, um so etwas einmal zu sehen. Da gibt es nun wirklich zum ersten Mal ein ganz deutliches Statement aus dem Parlament, dass jemand stolz ist auf Arbon. Der sagt, Arbon macht gute Arbeit. Arbon kann sich auch selbstbewusst positionieren und wo die Rolle hier ganz deutlich gestärkt hervorgeht. Felix, das war super. Nicht nur die Fragen. Diese sind qualifiziert ebenso die Auseinandersetzung mit dem Thema, sondern auch die ganz klare Positionierung für Arbon. Das würde ich mir hier am liebsten von 30 Parlamentariern wünschen. Denn was Felix gesagt hat, die differenzierte Betrachtung entspricht genau meiner Meinung und meinem Bild, und ich habe wahrscheinlich noch ein paar Details mehr in der Tiefe. Es ist so, dass Arbon einen bedeutenden Beitrag leistet. Es ist auch so, dass wir Bezirkshauptort sind und es gibt auch Gemeinden, die sich zum Teil drücken. Gott sei Dank sind das nicht viele. Aber stellen Sie sich mal vor, wir orientieren uns nach den Drückebergern. Wo kommen wir da hin? Was sind die Leistungen, wir haben das von Lukas Graf gehört, die alle wegfallen würden, wenn wir da nicht mitmachen würden, wo sich jemand vielleicht drückt? Das kann ja wohl kaum die Stellungnahme sein. Aber jeden einzelnen Fall müssen wir prüfen. Und ich bin auch froh um das Votum von Max Gimmel. Es ist so: Wir müssen uns an den grossen Posten orientieren: Das ist richtig. Kleinvieh macht auch Mist. Aber wir haben uns ja explizit an den grossen Posten orientiert. Und ich glaube, dieser Weg muss konsequent weitergeführt werden. Natürlich braucht es hier auch noch Überzeugungsarbeit mit den Partnerschaften. Es braucht auch Motivation und das ist auch aufwendig. Die Diskussion würde ich gern in Einzelfällen in Kleingruppen oder mit dem Parlament weiterführen.

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, die Diskussion ist erschöpft. Die Diskussion hat einiges an Klärung gebracht. Es ist zu hoffen, dass das nicht nur hier im Ratssaal gehört wird, sondern via Presse auch in der Umgebung von Arbon. Demzufolge erkläre ich die Interpellation mit Diskussion als erledigt.

3. Interpellation "Altlasten in früheren Deponien" von Luzi Schmid, CVP/EVP

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Auch hier erteile ich dem Interpellanten das Wort, denn gemäss Art. 46 Abs. 4 unseres Reglements kann er eine erste Stellungnahme dazu abgeben und sich zufrieden oder unzufrieden erklären und dann eine allgemeine Diskussion verlangen, oder das kann auch ein anderes Parlamentsmitglied für ihn verlangen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich hoffe, dass wir, das heisst der Stadtpräsident und unser Flügel diesmal näher beieinander sind. Bei diesem Thema nehme ich die Gemeinde zwar nicht in Schutz, aber es geht darum, dass die Kosten nicht allein von der Stadt bezahlt werden müssen. Es ist ein relativ komplexes Thema, aber sicherlich ein teures Unterfangen und offenbar auch eine noch nicht ganz eindeutige Rechtslage bei den Zuständigkeiten. Aber was doch sehr erstaunt, ist, dass extra für die Beantwortung dieser Interpellation jetzt externe Fachpersonen beigezogen werden mussten. Das erstaunt doch deshalb sehr, weil das aufgeworfene Problem Jahre wenn nicht Jahrzehnte alt ist. Immerhin sprechen wir von einem Nachtragskredit bei Untersuchungen der Deponie Bühlhof, also sollten die Voraussetzungen und Fakten klar und bekannt sein. Wie anders kann ein Nachtragskredit sonst beschlossen werden? Auch erstaunt der Bezug der Geologin, weil die Fragen in der Interpellation fast ausschliesslich politischer oder rechtlicher Natur sind. Es sich also um rein politische oder rechtliche Erwägungen des Stadtrats über Zuständigkeiten, Kostenträger und Ausführungsbestimmungen handelt. Es geht also nicht um technische, chemische oder gar physikalische Fragen, die da beantwortet werden müssen. Wohlverstanden es geht um rein politische oder rechtliche Fragen. Vor allem ob Arbon die hohen Kosten und Folgeaufgaben tatsächlich selber übernehmen muss und wer schlussendlich entscheidet oder entscheiden kann, was in der Deponie Bühlhof unternommen werden muss. Allein die letzte Frage, wer die Entscheidungs- und Kostenträger sind, ist eine Diskussion hier im Plenum wert. Ich beantrage Diskussion und bitte um Zustimmung.

Abstimmung

Der Diskussion wird mit 23 Ja gegen 4 Nein zugestimmt.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Besten Dank für das Abstimmungsresultat und besten Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich habe das eidgenössische Umweltschutzgesetz, die Altlastenverordnung des Bundesrats gelesen und mich auch über die Vorgaben des Kantons erkundigt. Vorweg kann gesagt werden, dass es nicht so eindeutig ist, wer bei belasteten Standorten für was zuständig ist und finanziell verantwortlich gemacht werden kann. Es wird von Inhabern der Standorte gesprochen, und da frage ich mich dann schon, wer da gemeint sein kann. Ist das der heutige Eigentümer, der frühere Betreiber der Anlage, die Standortgemeinde, die Aufsichtsbehörde oder der Bund oder gar alle zusammen? Natürlich steht dann da im Umweltschutzgesetz, dass, wenn kein Verursacher, kein Inhaber ausgemacht werden kann, das Gemeinwesen die Kosten zu übernehmen hat. Aber wer bitte ist in unserem Fall der Deponie Bühlhof mit Gemeinwesen überhaupt gemeint? In der Bundesverordnung wird auch immer wieder von der Behörde gesprochen, ohne genau zu sagen, ob das nun der Bund, der Kanton oder die Gemeinden sind. Wenn es die Gemeinde ist, dann wäre das richtigerweise der Gemeinderat Roggwil, auf dessen Gemeindegebiet die Deponie liegt. Die Behörde hätte nämlich den Kostenverteiler zu regeln, wenn dann erst mal feststeht, von welchen tatsächlichen Belastungen auszugehen ist. Auf diese Frage gibt die Interpellation

leider keine eindeutige Antwort. Es muss auch gesagt sein, dass die Deponie Bühlhof schon längst geschlossen und verdichtet war, als in den Neunzigerjahren die aktuelle Bundesratsverordnung und etwas vorher das Umweltschutzgesetz in Kraft gesetzt worden sind. Damit will ich nur sagen, dass es nicht sein kann, dass die Stadt Arbon nun für alle Folgekosten und Folgemassnahmen allein zuständig gemacht werden kann und die Kosten zu tragen hat. Bei der damaligen Entstehung, Führung und Schliessung dieser Deponie haben noch viele andere mitgewirkt, die zur Verantwortung gezogen werden können.

Was in der Interpellationsantwort auch nicht so genau unterschieden wird, ist, welchen Kriterien nach Bundesratsverordnung die Deponie Bühlhof nun tatsächlich unterstellt ist oder noch unterstellt werden könnte. Die Bundesratsverordnung unterscheidet nämlich bei solchen belasteten Standorten, ob sie "nur überwachungsbedürftig, sanierungsbedürftig oder weder überwachungs- noch sanierungsbedürftig" sind. Das hat dann natürlich auch mit der zu erwartenden oder bereits verursachten Verunreinigung des Grundwassers oder der überirdischen Gewässer zu tun. Also was ist die Deponie Bühlhof nun? Sanierungsbedürftig, nur überwachungsbedürftig? Dass sie im Kataster für belastete Standorte ist, kann man nachvollziehen. Auch hier gibt die Interpellationsantwort nicht klar Auskunft. Es wäre interessant zu erfahren, welche Mess- und Erfahrungswerte bereits vorliegen und welcher Prioritätenordnung dieser Standort nun effektiv zugeteilt worden ist. Auch wäre weiter sehr interessant zu erfahren, und hier meine ich Bund, Kanton oder die Stadt Arbon selber, wer wann was zu entscheiden hat. Aber noch mehr, wer bei solchen Entscheiden das letzte Wort hat. Wer bestimmt denn überhaupt, was noch zu machen ist? Nimmt der Stadtrat das von sich aus vor oder wird er vom Kanton, Bund oder gar Privaten dazu gedrängt?

Ich komme zu meinem persönlichen Fazit. Die Stadt Arbon kann für Untersuchungskosten und die Folgemassnahmen bezüglich Deponie Bühlhof keinesfalls allein als zuständig und kostenpflichtig erklärt werden. Die übergeordnete Behörde hat der Stadt Arbon rechtsverbindlich, wenn das noch nicht erfolgt ist, das weitere Vorgehen, die Zuständigkeit und die Kostenträger vorzugeben. Ansonsten scheint es mir wenig plausibel zu sein, wieso die Stadt Arbon von sich aus in dieser Sache Deponie Bühlhof überhaupt tätig werden muss, Aufträge erteilen und zu guter Letzt gar noch eine sehr kostenintensive Sanierung selber vornehmen soll.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Interpellation von Luzi Schmid, die vom Nachtragskredit für die Sanierung der Deponie Bühlhof ausgeht, um gleich den Blick auf die gesamten Altlasten und deren Kosten für Arbon zu werfen, stellt viele Fragen, sehr viele Fragen. Fragen zu den Standorten, zur Geschichte, zu den zu erwartenden Gefahren, zur Rechtslage von Überwachung und Sanierung, zu den Verursachenden, zur Verantwortung, zu unserem Wissen. Das ganze Bündel der Faktoren und deren Bedingungen und Auswirkungen. Dahinter steckt eine Frage. Warum muss Arbon bezahlen? Die Beantwortung macht klar, die Kostenpflicht – und das steht ausdrücklich – liegt basierend auf der eidgenössischen Altlastenverordnung beim ehemaligen Betreiber, der ehemaligen Betreiberin. Diese ist hier bekannt, das ist eindeutig. Die Deponie Bühlhof wurde von Arbon betrieben. Firmen, Gewerbe, Privatpersonen sind meist nicht mehr auszumachen, längst inexistent, anderweitig tätig, nicht oder kaum mehr zu belangen. Tote zahlen nicht. Es ist einzig der Staat, der hier noch Gewähr bietet, das untersucht, analysiert und in geeigneter Form entsorgt wird. Das ist so. Es ist Arbon, das als Gemeinde in der Pflicht steht. Wir sind es also, die das auszutragen haben, was Generationen vor uns aus Unwissen, aus Gewinnstreben, aus Nachlässigkeit

verursacht haben. Wir, natürlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von heute, wir als politische Gemeinde, wir, die wir da sind, ansprechbar und auch Verantwortung übernehmend, denn das steht dahinter und dafür wurden natürlich auch Fachpersonen beigezogen. Deshalb ist es zwar eine politische Frage, wie du das richtig sagst, aber dahinter steht eine naturwissenschaftliche Erkenntnis und ein naturwissenschaftliches Handeln, ein naturwissenschaftliches Wissen darum, welcher Umgang mit einer Altlast angezeigt ist aus gutem Grund. Seien wir also froh, dass es uns gibt, ja den Staat, ständig verrufen, dass es uns gibt, die Belastung, die uns hinterlassen wurde, angehen können, Kompetent und handlungsfähig. Dafür bezahlen wir auch Steuern. Denn die Geschichte der Ökologie zeigt nicht nur einen seit dem 19. Jahrhundert haarsträubend verschwenderischen und zerstörerischen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen, sie zeigt gerade beim Wasser, der Luft und dem Boden einen tödlichen Leichtsinn, der darauf beruht, dass man sie für unerschöpflich und unendlich regenerierbar hält. Darüber gibt es Dokumente und reiche Literatur. Wer die Antworten auf die Interpellation liest, erkennt – so hoffe ich –, wie wichtig unser heutiges Tun ist. Unsere Analysen, unsere Massnahmen beispielsweise im Bereich der notwendigen Zusatzstufen der Kläranlagen, das ist anzugehen. Denn wir werfen zwar keine Plastiksäcke und Farbkübel mehr in irgendwelche Geländemulden, betreiben das auch so nicht mehr, aber wir putzen die Zähne mit polierenden Kleinstplastikpartikeln etc. oder spülen mit unserem Urin Hormoneinträge in Bäche und Seen, wo dann die Fische etc., etc. Handeln wir, wo die Konsequenz aus den Analysen dies fordert. Sanieren wir die Deponien, wenn dies notwendig ist und sich aufgrund der Analysen als notwendig erweisen. Schieben wir die Lasten nicht unseren Kindern und Enkelkindern zu, indem wir spitzfindig herauszufinden versuchen, wer vielleicht allenfalls doch noch ein klein bisschen etwas beitragen könnte und uns dabei verlieren. Bewahren wir unsere Lebensgrundlagen, bewahren wir die Natur vor Schaden. Darum geht es.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Bei der Fragestellung, die von Luzi Schmid aufgeworfen wurde, kommen einem unweigerlich die grossen Plastikhallen über der Deponie Kölliken in den Sinn und es wurde dann in der Antwort auch so zitiert. In erster Linie möchte ich mich beim Stadtrat und den verbundenen Verwaltungsstellen dafür bedanken, dass diese Anfrage so ausführlich und korrekt beantwortet wurde. Ich stelle mir neben der offensichtlichen Problematik solcher Deponien auch die Frage, was der Interpellant mit dieser Frage überhaupt bezwecken wollte. Er hat es selber vorweggenommen, er sieht vor allem politische Fragen, die hätten beantwortet werden sollen. In der Fragestellung kommen aber sehr wohl technische, chemische, Giftstofffragen zum Vorschein, und diese musste der Stadtrat ja auch beantworten. Es gibt in diesem Zusammenhang eine ganz klare übergeordnete Verordnung, wie man mit Altlasten umzugehen hat. Ruth Erat hat das bereits ausführlich ausgeführt, wie man das auch in der Gemeinde Arbon als Stadt machen muss, welche Verantwortung man da tragen muss. Der heutige Stadtrat kann verantwortungsbewusst und nachhaltig mit solchen Altlasten umgehen. Das erwarten wir sogar von einer solchen Behörde. Etwas staunen musste ich jetzt bei der Erklärung von Luzi Schmid tatsächlich noch, dass es eine rein politische Fragestellung war mit dem Hintergrund dieser einzelnen chemischen, giftigen und weiss nicht was für Stoffen. Wir haben in unserer Fraktion die Diskussion über diese Anfrage bewusst abgelehnt, weil wir der Meinung sind, diese Anfrage hat genügend Aufwand in der Verwaltung und beim Stadtrat ausgelöst, die Beantwortung war korrekt, daher haben wir einer Diskussion nicht zugestimmt. Herzlichen Dank für die Beantwortung, sie ist ausführlich und schlüssig.

Roland Schöni, SVP: Die Interpellation von Luzi Schmid greift eine alte Last auf, die uns in Zukunft noch viel Arbeit bescheren wird. Die Antworten des Stadtrats sind eher vage gehal-

ten, deshalb waren wir für Diskussion. Wenn man sich hier für die ausführliche Antwort bedankt, ist das gut und recht, aber ausführlich sieht für mich anders aus. Andererseits muss man sagen, dass zum jetzigen Zeitpunkt ohne vertiefte Abklärungen diese Ausführlichkeit gar nicht gegeben werden konnte. Wir reden hier nicht von einem überraschenden, plötzlichen Sachverhalt, sondern von einem seit vielen Jahren verdrängten Problem. Man wollte es in der Vergangenheit gar nicht so genau wissen. Denn es ruht ja in aller Stille, was nicht heisst, dass es nicht einmal ein lautes Getöse geben könnte. Die ganze Problematik mit diesen Deponien müssen wir in den nächsten Jahren lösen. So sind sie auch auf dem Radar des Amts für Umwelt des Kantons Thurgau, welches die Deponiestandorte nach damaligem Wissen auch bewilligte. Eines ist sicher: Für die Sanierungen müssen sich alle Involvierten beteiligen, will heissen Bund, Kanton und Gemeinden, deren Einwohner ihren Müll ebenfalls in diesen Standorten entsorgt haben. Beim Bund habe ich so meine Bedenken. Ruth Erat weist darauf hin: „Gut, das es uns gibt.“ Aber das ist auch gut, dass es unsere Vorfahren gegeben hat, sonst wären wir alle nicht hier. Ein Satz in der Beantwortung der Frage Nr. 7 lässt aufhorchen. "Giftstoffe im engeren Sinn wurden wohl kaum abgelagert." Wie will man das so genau wissen, wenn zuvor geantwortet wurde, dass alle ihre Abfälle entsorgten und es keine Kontrolle gab? In früheren Jahrzehnten boomte die Schwerindustrie in Arbon vor allem auch durch die Giessereien von Saurer. Zudem gab es galvanische Betriebe und es wurden Farben und Chemikalien im grossen Stil produziert und verarbeitet, nebst vielen weiteren schadstoffreichen Produkten. Es könnte gut sein, dass es zu grossen Überraschungen kommen könnte. Diese Deponiestandorte müssen nicht per se sofort saniert werden, sondern nach Dringlichkeit und in Teilschritten.

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, dass kein Votum zur bestehenden Kläranlage unten am Bühlhof getätigt worden ist. Offensichtlich ist es eine Binsenwahrheit, dass diese gut funktioniert und jetzt zur Zufriedenheit läuft.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Luzi, hier sind wir gemeinsam. Wir machen uns gemeinsam sorgen, was da auf uns zukommen könnte. Und ich verstehe das, das ist eine begründete Sorge.

Ich beginne beim Anfang. Wer ist verantwortlich? Ruth Erat hat das korrekt gesagt. Es ist klar, wir haben hier einen wesentlichen Teil des Abfalls abgelegt und müssen diese Verantwortung auch übernehmen. Nicht nur zum Schutz der Natur, sondern auch zum Schutz des Menschen. Es ist aber auch klar, dass Arbon nicht allein verantwortlich ist. Aber Arbon hat die Hauptrolle übernehmen müssen und es kann gut sein, dass wir in der Recherche auch Mengen von Roggwil und St. Gallen feststellen. Wir wissen es auch. Bei der ersten Sanierung 1990 haben Sie bzw. Ihre Vorgänger einem Kredit von insgesamt CHF 2 Mio. zugesagt. Diese und der Weiher, der neu angelegt wurde, haben noch nicht die gewünschte Reaktion gebracht.

Untersuchen müssen wir, weil insbesondere die Überwachung gezeigt hat, dass das, was beim Bach unten rauskommt, verdächtig und eben auch gefährlich ist. Das heisst, wir haben hier einen Standort, der ganz dringend einen Untersuchungsbedarf nötig macht, daher haben wir auch dort begonnen. Es ist nicht so, wie auf dem Saurer Werkgelände 2, wo wir auch überwachen und in der Vergangenheit feststellen konnten, dass die Belastung hier abgenommen hat und eine Überwachung bald nicht mehr nötig ist.

Warum ist es nicht so einfach? Man hat unter den Gemeinden einfach vereinbart, wo man den Abfall deponieren kann. Man hat nicht geschaut, wer was genau ablädt. Man hat das nicht im Detail vertraglich geregelt. Das muss jetzt nachvollzogen und gemessen und aufgrund der detaillierten Untersuchung muss ein Plan erarbeitet werden, wie wir das aufgrund der entsprechenden Belastung beseitigen und bereinigen. Das könnte ins Tuch gehen. Das ist so und darum mache auch ich mir Sorgen. Und auch darum untersuchen wir gründlich. Ja, insofern versteh ich das auch, hier sind wir auf der gemeinsamen Linie. Es gibt nur einen Weg. Wir müssen das genau anschauen und sicherstellen, dass keine längerfristige Gefährdung mehr besteht.

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Vielen Dank für dieses Votum seitens des Stadtrats, das einen gewissen abschliessenden Charakter hat. Möchte weiter diskutiert werden? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich stelle fest, dass die Interpellation nach einer Diskussion als erledigt zu betrachten ist.

4. Teilrevision Gemeindeordnung der Stadt Arbon, 2. Lesung

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: An der Parlamentssitzung vom 18. September dieses Jahres wurde die Teilrevision der Gemeindeordnung in 1. Lesung durchberaten. Die angenommenen Anträge der 1. Lesung sind in die Synopse aufgenommen worden. Diese haben Sie mit den Unterlagen erhalten. Bitte nehmen Sie diese zur Hand, wenn Sie sie nicht bereits vor sich liegen haben. Ich werde die Artikel, welche Änderungen enthalten, aufrufen für die 2. Lesung. Über Artikel, zu welchen keine Anträge vorliegen oder eingehen, werden wir nicht abstimmen. Möchte jemand aus dem Parlament einen Antrag stellen, bitte ich den Betreffenden oder die Betreffende, sich beim entsprechenden Artikel rechtzeitig zu melden. Die Anträge sind schriftlich abzugeben. Sind Sie mit dieser von mir vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden? Gibt es Wortmeldungen dazu? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Demzufolge schliesse ich daraus, dass Sie stillschweigend einverstanden sind.

Keine Wortmeldungen zu den einzelnen Artikeln.

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Die Redaktionslesung findet voraussichtlich in der Dezembersitzung statt, dies in Ergänzung zum Budget. Ich nehme an, die Redaktionslesung wird ähnlich ausfallen wie die heutige 2. Lesung.

5. Fragerunde

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Gemäss Art. 48 unseres Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung jeweils eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt, der zuständige Stadtrat beantwortet sie in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt. Bislang liegt mir nur eine Frage schriftlich vor.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich selbst habe es leider nicht mehr erlebt, da ich erst später nach Arbon gezogen bin. Ich habe mir sagen lassen, dass man früher im Winter,

wenn es Schnee hatte, jeweils die Alemannenstrasse gesperrt und in eine Schlittenpiste umfunktioniert hat. Irgendwann hat man dann leider mit dieser Tradition gebrochen. Wieso weiss ich nicht. Vielleicht wegen erhöhten Verkehrsaufkommens oder ganz einfach, weil es weniger Schneetage gab. Mir ist schon klar, die Tage, an denen in Arbon der Schnee liegen bleibt, kann man oft an einer Hand abzählen. Wenn es aber soweit ist, wird der Schnee auf den Strassen sofort geräumt, was auf Hauptstrassen und bei Tempo 50 ja auch sinnvoll ist. Die Alemannenstrasse ist aber ideal geeignet für eine Schlittelpiste. 1. natürlich wegen der Steigung, 2. weil sie sich problemlos umfahren lässt und 3. weil sie nun in einem Tempo-30-Quartier liegt und es daher keine angrenzenden Tempo-50-Strassen gibt. Natürlich müsste man sie komplett sperren, aber dies wäre problemlos machbar. Ich bin überzeugt, dass solche Schlittelnachmitte oder -abende für Gross und Klein ein tolles Happening wären, ähnlich wie die Eistage auf dem Arboner Weiher. Ich bitte daher den Stadtrat um Beantwortung der folgenden beiden Fragen:

1. Aus welchen Gründen hat man mit dieser Tradition aufgehört?
2. Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Alemannenstrasse an Schneetagen in Zukunft wieder zu sperren und damit die Schlittelpiste zu ermöglichen?

Stadtrat Peter Gubser, SP: Ich habe in den wenigen Tagen nicht herausgefunden, wann die Schlittelpiste an der Alemannenstrasse das letzte Mal in Betrieb war. Das muss ungefähr vor zehn Jahren gewesen sein. Man hat mit der Schlittelpiste aufgehört aus Gründen der Klimaerwärmung, weil nur noch selten Tage vorkamen, wo ein Schlittelplausch möglich war, weil es immer wieder Reklamationen gab von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und Anwohnerinnen und Anwohnern und weil es nicht ganz klar war, wer denn allenfalls bei einem Unfall verantwortlich sei. Lukas, du schreibst, die Alemannenstrasse sei ideal geeignet für eine Schlittelpiste. Ja, wenn sie denn nicht in Arbon, sondern in Arosa wäre. Aber mittlerweile haben sich die klimatischen Verhältnisse mit unserem Beitrag so verändert, dass der Wintersport eindeutig in den Hintergrund gedrängt wird und eher im Vordergrund steht, ob wir nicht vielleicht am Seeufer einen Sandstrand anlegen und Palmen pflanzen möchten. Aber jetzt im Ernst zu deiner Frage, ob der Stadtrat bereit wäre, in Zukunft die Alemannenstrasse wieder zu sperren: Wir wehren uns nicht dagegen, wenn nächstens ein solcher Winter in Arbon einzieht, wie Arbon jetzt in diesem Jahr einen Sommer gehabt hat, dass wir dann die Alemannenstrasse wieder sperren und dem Schlittelvergnügen widmen. Es wird allerdings gewisse Einschränkungen geben. Ganz früher, als ich nach Arbon gekommen bin, begann der Schlittelplausch oben bei der Kirche und endete unten bei der Metzgerei Geisser. Das wird es sicher nicht mehr sein. Wenn wir eine Schlittelpiste ermöglichen, dann zwischen der Rebenstrasse und der Brühlstrasse. Dieser beschränkte Raum, denke ich, wird auch nicht zu allzu grossen Konflikten mit dem motorisierten Verkehr führen.

6. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Peter Gubser, SP: Ich wurde in den letzten Tagen oftmals gefragt, was denn jetzt passiere mit der Tempo-30-Zone Bergliquartier Süd. Es werden verschiedene Parkplätze ummarkiert usw. In der vergangenen Woche sind die weissen Parkfelder an das neue Regime angepasst worden, nach den Vorgaben des Kantons teilweise umplaziert, teilweise leider reduziert. In dieser Woche werden die blauen Parkfelder für die blaue Zone, nämlich Rebhaldenstrasse bis Alemannenstrasse eingezeichnet. Zu Beginn der kommenden Woche werden die Stelen mit den Signalisationen aufgestellt. Danach werden noch teilweise über-

flüssige Stoppstrassen weggefräst und dann werden der Rechtsvortritt und die grossen 30 aufgemalt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Wetter so bleibt, wie es jetzt ist. Wenn das Wetter so bleibt, wie es jetzt ist, dürften die verschiedenen Massnahmen bereits Ende der nächsten Woche beendet sein und so das neue Tempo-30-Regime Gültigkeit haben.

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Vielen Dank für diese nicht gerade saisongerechte Information betreffend Wintersport. Ich stelle fest, wir haben November und immer noch sehr schön warm. Wir können im Parlament leider nicht beschliessen, wie das Wetter sein soll. Es sei auch gut so, dass wir diesbezüglich nicht zuständig sind. Es reicht ja schon, wenn wir zuständig sind für alle Altlasten in der Region, die wir leider betrieben haben.

Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Budgetsitzung vom 4. Dezember 2018 bereits um 18 Uhr und nicht um 19 Uhr beginnt. Ich stelle fest, dass die heutige Sitzung wie vom Büro vorausgesehen nicht bis 23 Uhr dauert hat. Ich hoffe, Sie bedauern dies nicht. Dieses relativ frühe Ende ist mit ein Grund, weshalb ich im Einvernehmen mit dem Büro namens des Parlaments eine Einladung des Oldtimer Saurer Clubs OSC angenommen habe. Sie haben die entsprechende Einladung erhalten. Selbstverständlich ist es mehr als nur Zufall, dass dieses Museum eine Unterstützung durch die Stadt Arbon beantragt hat. Und ebenso selbstverständlich steht es jedem Parlamentsmitglied frei, an dieser Führung teilzunehmen bzw. diese Einladung anzunehmen. Ich betone dies, damit sich anlässlich der kommenden Budgetsitzung niemand gemüssigt fühlt, Ausstandsgründe geltend zu machen. Entgegen der Einladung treffen wir uns um 20.45 Uhr nicht in der Wunderbar, sondern gleich im Vorraum des Museums gleich neben der Wunderbar. Anschliessend an die Führung wird uns noch ein Aperitif offeriert, zu welchem alle Mitglieder des Parlaments und des Stadtrats eingeladen sind. Ich erkläre die heutige Parlamentssitzung somit als beendet.

Ende der Sitzung um 20.35 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Riquet Heller

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein